

Geplanter Handschriften-Verkauf zieht Kreise

SPD bezweifelt Rechtmäßigkeit / Unterstützung für Badische Landesbibliothek von allen Seiten

Die Proteste gegen Pläne der Landesregierung von Baden-Württemberg, den Ausverkauf der Karlsruher Handschriftenbestände zu betreiben, werden deutlicher und weiten sich aus. Neben mehreren Lesern, die sich inzwischen an die Badischen Neuesten Nachrichten wandten, haben sich gestern der Verband deutscher Schriftsteller (VS) Baden-Württemberg, Grüne und die SPD zu Wort gemeldet. So meint der VS: „Eine Versteigerung der Handschriften würde eine Geringschätzung unserer kulturellen, literarischen und auch sprachlichen Wurzeln bedeuten.“

Zudem zieht der Skandal mittlerweile bundesweit Kreise. Gestern berichtete Deutschlandradio Berlin über den Fall, und die Süddeutsche Zeitung (SZ) griff das Thema bereits zum zweiten Mal auf. Unter anderem wird dort in Zweifel gezogen, ob das Kalkül des Landes aufgeht, durch die Versteigerung von – wohl gemerkt: einmaligen! – Handschriften 70 Millionen Euro zu erzielen, um damit Ansprüche des badischen Fürstenhauses abzugelten.

Wörtlich heißt es in der SZ: „Ob der dreiste Plan, durch den Verkauf der Handschriftensammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe die Privatschatulle eines bankrotten Adelshauses zu sanieren, ökonomisch überhaupt aufgeht, ist noch sehr die Frage“, schreibt dort Norbert H. Ott, international renommierter Fachmann für Mediävistik (Mittelalterkunde). Ott leitet eines der bedeutendsten Projekte zur Erschließung mittelalterlicher Überlieferung in deutscher Sprache, den Katalog der deutschsprachigen illustrierten Handschriften des Mittelalters. In seinem Artikel schreibt Ott mit Anspielung auf Bernhard von Baden und auf Günther H. Oettinger: „Hoheit und ihr willfähriger Vasall auf dem Stuhl des baden-württembergischen Ministerpräsidenten werden sich noch sehr wundern, wenn sie auf ihrer der öffentlichen Nutzung entzogenen Beute sitzen bleiben. Gut 3500 auf einen Schlag angebotene mittelalterliche Codices unterschiedlichsten Anspruchs- und Qualitätsniveaus werden den Markt hoffnungslos verstopfen“, so der Wissenschaftler.

Ott spielt auf ein Dilemma an, das weder der Ministerpräsident noch sein Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst in ihren bisherigen Einlassungen ausräumen konnten. Will man sich „nur“ von einzelnen Manuskripten trennen, dann müssen sie äußerst wertvoll sein, um die gewünschte Kaufsumme zu erlangen. Will man diese Spitzenstücke ausklammern, dann muss man sich von einer Vielzahl anderer, äußerlich vielleicht nicht spektakulärere, aber für Wissenschaft und Kultur insgesamt bedeutenden Objekten trennen. Mit sei-



CHRISTUS WAR KEIN BADENER: Kommt jetzt das Evangelistar von Speyer (um 1220), das zu den kostbaren Handschriftenbeständen der Badischen Landesbibliothek gehört und dem diese Abbildung entnommen ist, unter den Hammer?
Foto: BLB

ner Ankündigung, Handschriften, die sich auf Baden beziehen, sollten von einer möglichen Veräußerung ausgeschlossen werden, hat jetzt Günther H. Oettinger neues Öl aufs Feuer gegossen, denn viele der wichtigsten Stücke sind nicht einfach von regionalem Rang, sondern sind Kulturgut von Weltgeltung.

Die politische Opposition im Land hat sich

denn auch von den Regierungsplänen vehement distanziert. Gestern sprachen sich drei Landtagsabgeordnete der SPD auf einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz in Karlsruhe für die Sicherung des kulturellen Erbes in Baden aus. Helen Heberer, kulturpolitische Sprecherin der SPD, nannte die geplante Veräußerung mittelalterlicher Handschriften aus

der Badischen Landesbibliothek eine „kulturpolitische Brandstiftung“.

Der örtliche Wahlkreisabgeordnete Johannes Stober kritisierte die nach wie vor unklaren Eigentumsverhältnisse. Es sei juristisch nicht eindeutig, ob die Schriften dem Land oder dem Adelshaus gehörten. Die SPD beabsichtigt, einen Antrag zu formulieren, der dem Finanzausschuss in vier Wochen vorliegen soll. Es dürfe, so Stober, keine „Hauruck-Aktion“ geben. Die Zeiten, in denen Adelsfamilien ein Anrecht auf öffentliche Kulturgüter gehabt hätten, seien vorbei. Und was den Erhalt von Schloss Salem angeht, so könne das Haus Baden bei der Landesregierung Anträge auf Zuschüsse stellen. Nils Schmid, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, unterstrich, dass man Kulturgüter des Landes nicht zum Erhalt von Privateigentum veräußern dürfe. Es sei nicht einzusehen, warum die Adelsfamilie nicht weiter wie bisher ihr Eigentum selbst in Stand halte. Gefordert wurden mehr Transparenz und vor allem auch diskussionswürdige Alternativen. Scharfe Kritik gab es auch von den Grünen im Landtag. Jürgen Walter, kulturpolitischer Sprecher der Partei, weist auf die finanzielle Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Steuermittel hin, die zur Katalogisierung und Restaurierung der Karlsruher Handschriften in den vergangenen Jahrzehnten aufgewendet wurden. Die Grünen fordern, den Verkauf zu unterbinden und den Bestand in der Badischen Landesbibliothek sicherzustellen.

Erschütterung und Unverständnis auch bei unseren Lesern. „Mit uns sind sicher viele Badener der festen Überzeugung, dass es zu einer Skelettierung unseres historischen Erbes nicht kommen darf“, schreibt ein Ehepaar aus Konstanz, das sogar bereit wäre „einen für unsere Verhältnisse namhaften Betrag gerne und aus Überzeugung zur Verfügung zu stellen“, damit die Handschriften in der Badischen Landesbibliothek erhalten bleiben. Und Werner Bahm aus Karlsruhe, der sich als „Bewunderer der Leistungen des badischen Fürstenhauses in der Vergangenheit“ bezeichnet, schreibt: „Gewiss wurde schon länger festgestellt, dass an Schloss Salem der Zahn der Zeit nagt. Hätte man die Anlage ständig gewartet, so wären nun die Kosten nicht so hoch. Für dieses Versäumnis soll nun die Karlsruher Landesbibliothek zur Ader gelassen werden. – Ein unerhörter Vorgang.“ – Der Karlsruher Gemeinderat will heute zu der geplanten Zerschlagung der Handschriftensammlung eine Resolution verabschieden. Ute Bauermeister/ Michael Hübl